

GEMEINDE HEUSWEILER

Beschlussvorlage



Fachbereich I	Drucksache Nr.: BV/0027/19
FDP-Gemeinderatsfraktion	Datum: 06.03.2019
Beratungsfolge	
Ortsrat Eiweiler	öffentlich
Ortsrat Heusweiler	öffentlich
Ortsrat Holz	öffentlich
Ortsrat Kutzhof	öffentlich
Ortsrat Niedersalbach	öffentlich
Ortsrat Obersalbach-Kurhof	öffentlich
Ortsrat Wahlschied	öffentlich
Personal- und Finanzausschuss	nicht öffentlich
Gemeinderat	öffentlich

Betreff:

Eheschließungen außerhalb des Rathauses - Antrag der FDP-Gemeinderatsfraktion

Anlagen:

Antrag der FDP vom 23.02.19

Beschlussvorschlag:

-ohne-

Sachverhalt:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

in Abänderung des ursprünglichen Antrages bitten wir, den nachfolgenden Antrag der FDP-Fraktion in der nächsten Sitzung des PFA, in den Ortsräten sowie im Gemeinderat zu beraten und zu beschließen.

Antrag:

Der Gemeinderat beschließt, den Bürgerinnen und Bürgern zukünftig auch außerhalb des Rathauses eine standesamtliche Eheschließung zu ermöglichen. Die Ortsräte jedes Ortsteiles bringen unter Beachtung der rechtlichen Voraussetzungen des Personenstandsgesetzes (separierte Gesellschaft, Möglichkeit der Ausübung des Hausrechts durch den Standesbeamten, Gewährleistung des Datenschutzes, generelle und bedingungslose Verfügbarkeit der Örtlichkeit) diesbezüglich geeignete Vorschläge ein, welche der Gemeinderat im Anschluss verbindlich festlegt. Die Mehrkosten sind von den Eheschließenden zu tragen.

Begründung:

Immer mehr Ehepaare äußern den Wunsch, ihre Trauung auch außerhalb des Rathauses vollziehen zu dürfen. Als familienfreundliche Gemeinde wäre es sodann ein begrüßenswerter Schritt, den Bürgerinnen und Bürgern diese Möglichkeit in Zukunft zu eröffnen, um somit die Attraktivität unserer Gemeinde weiter zu steigern. Etwaige Örtlichkeiten können unter Einbeziehung der Ortsräte gefunden werden. Entstandene Kosten für den Mehraufwand gegenüber der herkömmlichen Form etwa für Miete der Örtlichkeit oder die Anfahrt des Standesbeamten sollen von den Eheschließenden getragen werden, um dieses Angebot haushaltsneutral zu gestalten.

Im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit soll diese Möglichkeit entsprechend berücksichtigt werden.

Pascal Kopp
FDP-Fraktion